
Sehr geehrter Herr Paul,

wir von der fridaysforfuture Ortsgruppe Stralsund würden uns gerne am 07.11.19 in der Bürgerschaftssitzung mit einer Anregung in Schriftform und einem kleinen Redebeitrag an die Bürgerschaft Stralsund wenden.

Damit beziehen wir uns auf den Paragraphen 4 der Hauptsatzung der Hansestadt Stralsund. Wir würden Sie bitten uns bei der Tagesordnung Punkt acht mitaufzunehmen.

Wir verweisen auf die Anregungen in Schriftform im Anhang.

Bei Rückfragen können Sie sich gerne an Johanna Heindl unter der Nummer [REDACTED] wenden.

Mit freundlichen Grüßen

Daniel Ungureanu
[REDACTED]



Anregungen an die Bürgerschaft.pdf

Anregungen von fridaysforfuture Stralsund an die Hansestadt Stralsund

um die Lebensbedingungen auf der Erde für alle Menschen, insbesondere für die jetzt schon vom Klimawandel betroffenen Menschen in Schwellenländern, zu erhalten sowie für unsere eigene Zukunft klimapolitisch die Weichen zu stellen.

Den Temperaturanstieg auf den Zielbereich des Pariser Abkommens zu begrenzen ist noch realisierbar, es ist politisch vertretbar, moralisch geboten und wirtschaftlich langfristig vorteilhaft.

Der Klimawandel ist ein von Menschen gemachtes und weltweites Phänomen, das uns alle betrifft und betreffen wird. Es ist ein Problem, das in allen Bereichen jetzt Gegenmaßnahmen erfordert. Dazu sind nicht nur Anstrengungen länderübergreifender Institutionen notwendig, sondern auch Kommunen und Städte müssen handeln. Deswegen fordern wir in den folgenden Bereichen konsequente, verbindliche und zeitnahe Beschlüsse.

Mobilität

Eine der Hauptursachen für den Anstieg von CO₂ ist der enorm hohe motorisierte Individualverkehr.

Deshalb fordern wir:

Der öffentliche Nahverkehr muss ausgebaut werden

Auch SchülerInnen, die eine nicht örtlich zuständige Schule besuchen, müssen die Möglichkeit haben mit dem Bus morgens pünktlich zur Schule zu kommen.

Die Nachtbusse müssen aufeinander abgestimmt werden, sodass den Bürgern der Besuch des Kinos, Theaters oder Clubs ermöglicht wird.

Auch am Wochenende müssen die umliegenden Dörfer mit dem Bus angefahren werden. Zu überprüfen wäre der Vorschlag, ob eine autofreie Innenstadt umzusetzen ist, sowie den Nahverkehr kostengünstiger zu gestalten. Hier könnten ebenfalls Vorschläge von der Stadt an den Kreis gemacht werden.

Die Radverkehrsanlagen müssen über die schon beschlossenen Vorhaben in der gesamten Stadt weiter ausgebaut werden. Dazu gehören neben den Radwegen auch Radparkanlagen und Lademöglichkeiten für die Batterien von E-Bikes, deren Anzahl weiterhin zunehmen wird. Es sind wesentlich mehr Fahrradstraßen einzurichten und für den KFZ-Durchgangsverkehr zu sperren.

Die bereits auf mehreren Straßen eingerichteten Fahrradschutzstreifen waren ein erster Schritt. Es ist jedoch festzustellen, dass einige dieser Straßen zu schmal sind, um einen solchen Schutzstreifen als Radfahrer ohne Behinderung anderer Verkehrsteilnehmer und gefahrlos benutzen zu können. Die Streckenführung der Fahrradschutzstreifen ist z.T. irreführend und unübersichtlich. Manche enden direkt auf der Fahrbahn, inmitten des KFZ-Verkehrs.

Der Radwegeausbau ist deshalb weiter voranzutreiben, damit möglichst viele Menschen dazu bewegt werden vom Auto auf das Fahrrad umzusteigen. Das führt unmittelbar zur Senkung der Schadstoffemissionen und zur Verringerung der Lärmbelastung der Einwohner und entlastet zugleich den Verkehrsraum in der Stadt. Die von der Bürgerschaft bereits vor mehreren Jahren gefassten Beschlüsse zur Umsetzung des Klimaschutz-Teilkonzeptes "Klimafreundliche Mobilität-Stralsund steigt um" und das Verkehrskonzept Altstadt müssen nun endlich durchgesetzt werden.

Auch im Stralsunder Umfeld fehlen Radwege die es den Bewohnern der Ortschaften ermöglichen, die Stadt gefahrlos und stressfrei mit dem Fahrrad zu erreichen. Wir wollen eine Welt haben, in der wir überleben können und das erreicht man sicher nicht durch immer mehr Autos, sondern durch ein Netz effizienter Verkehrsmittel. Das Fahrrad kann und soll ein Bestandteil davon sein.

Papier

Schulen und auch die Stadtverwaltung sind Träger, die Unsummen von Papier benötigen.

Deshalb fordern wir:

Schulen und die öffentliche Verwaltung sollten nur noch Recyclingpapier verwenden. Denn das Abholzen von Wäldern für die Herstellung von Papier trägt mit zum Klimawandel bei. Zu prüfen wäre eine verbindliche Quote bzw. Prozentzahl die öffentliche Träger bezüglich des Recycling Papiers einhalten müssen.

Stadtgrün

Durch den Klimawandel steigen die Temperaturen stetig. Dadurch ist es umso wichtiger, in der Innenstadt Frischluftschneisen und grüne Oasen zu erhalten bzw. zu etablieren. Durch das Schließen letzter Baulücken mit dem Bau von Wohnungen ziehen wieder mehr Menschen in die Innenstadt. Dies ist prinzipiell zu befürworten. Aber dann muss auch dafür gesorgt werden, dass hier lebenswerter Wohnraum entsteht. Grüne Oasen tragen zur Lärmverminderung und zu einer besseren Luftqualität bei und damit zur Erhaltung der Gesundheit und einem besseren Lebensgefühl. Pestizidfreie Grünflächen mit hoher Biodiversität erlauben auch Innenstadtbewohner_Innen den Kontakt zur Natur. Sie können Möglichkeiten für Sport und Begegnungen bieten. Auch Tourist_Innen schätzen im Innenstadtbereich grüne Oasen. Straßenbegleitendes Grün sollte nicht aus totem Rasen bestehen, sondern als artenreiche Blühflächen angelegt werden. So können sie einen Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt in der Stadt beitragen. Bäume leisten einen wichtigen Beitrag zum Erhalt von sauberer Luft. Es sollte daher nur aus guten Gründen möglich sein, diese zu fällen.

Wir fordern:

Schaffen bzw. Erhalt von naturnahen Grünflächen im Innenstadtbereich.

Artenreiche straßenbegleitende Grünflächen

Schluss mit toten Rasenflächen
Wiedereinführung einer Baumschutzsatzung.

Pestizidfreie Gemeinde

Eine naturverträgliche Landwirtschaft ist auch Klimaschutz.

Wir fordern:

Viele Pflanzenschutzmittel wie z.B. Glyphosat sind wahrscheinlich krebserregend.

Wir folgen der Meinung, dass ein Verbot schon längst hätte erteilt sein müssen.

Stralsund muss ein Zeichen gegen Lobbyismus der Chemieindustrie setzen und die Landwirte, denen sie Land verpachtet, verpflichten, ab sofort keine potentiell krebserregenden Pestizide und Herbizide mehr zu verwenden.

Mehr als 500 Kommunen und Gemeinden in Deutschland sind inzwischen pestizidfrei. In diesen werden stadteigene Pachtflächen nur unter der Auflage verpachtet, dass pestizidfrei gewirtschaftet wird. Viele Herbizide und Pestizide verursachen Schäden an unserer Gesundheit. Glyphosat z.B. trägt zur Erhöhung von Antibiotikaresistenzen bei, verursacht Leber- und Nierenschäden, schädigt die Leukozyten und wird diskutiert im Zusammenhang mit einer Zunahme von Autismus und Alzheimer. Ebenso sind die Auswirkungen der Neonikotinoide auf Insekten und hier vor allem Bienen gravierend. Bei Anwendung von Glyphosat erhöht sich die notwendige Düngerlast, was wiederum das Grundwasser belastet.

Zu einer umfassenden Änderung unseres Handelns für einen naturverträglichen Umgang mit unseren Ressourcen und unserer Erde gehört daher auch der Verzicht auf Pestizide.

Fazit:

Aufgrund all der oben aufgeführten Punkte fordern wir als Konsequenz den Ausruf des Klimanotstands für die Hansestadt Stralsund. Ein solcher Schritt wäre aus vielerlei Gründen zu begrüßen. Die Bürgerschaft sowie der Oberbürgermeister Herr Dr. Badrow sollten diese Petition nicht ablehnen, nur weil diese Kommune zu klein ist, um einen Unterschied zu machen. Einfach aus dem Grund, dass es ein Fehler ist sich darauf zu verlassen, dass jemand anderes die Welt rettet.

Zudem kann das Umsetzen der oben aufgeführten Punkte dazu beitragen, das Lebensgefühl der Stralsunder Bürger und Bürgerinnen zu steigern und die Hansestadt zu einem lebenswerteren Ort zu machen.